

# **Rechts- und Strafordnung (RSO) des Sächsischen Billard-Verbandes e.V.**

## **§ 01 Grundsätze, Absichten, Verbindlichkeiten**

1. Ausgenommen der durch Gesetz und Satzung festgelegten Zuständigkeiten erfolgt die Rechtssprechung des SBV ausschließlich durch seine Rechtsorgane.
2. Den Bestimmungen dieser RSO unterliegen die Vereine des SBV und deren Mitglieder und Mannschaften.
3. Die RSO darf ausschließlich der Einhaltung der Grundsätze sportlichen Zusammenwirkens dienen, wie sie der SBV in seiner Satzung und in seinen Ordnungen und Regeln festgelegt hat oder noch festlegen wird.
4. Mit der Inkraftsetzung der RSO werden verbindliche Verfahrensweisen festgelegt, wie Verletzungen von sportlichen Grundsätzen den Rechtsorganen zur Kenntnis gebracht werden können und wie solche Verletzungen von Rechtsorganen zu behandeln sind.
5. Die RSO legt den Rahmen der Straforten und Strafmaße fest, wie sie in Ausübung der Rechtssprechung anzuwenden sind.
6. Sie reglementiert, wie gegen die Entscheidung einer 1. Instanz Einspruch eingelegt werden kann.
7. Sie tritt nach Beschluss der Mitgliederversammlung des SBV vom 09.04.1994 in Kraft.

## **TEIL I. Rechtsordnung**

### **§ 02 Rechtsorgane**

1. Rechtsorgane des SBV bestehen als ständige oder zeitweilige Organe.  
Sie üben ihre Tätigkeit unabhängig und unparteiisch im Sinne der Satzung des SBV aus.
2. Ständige Rechtsorgane sind der Landesrechtsausschuss (LRA) und die Landesschiedsstelle (LSS). Ihre Mitglieder sind von der Mitgliederversammlung des SBV zu wählen.  
Die Wahlperiode entspricht der des Landesvorstandes.  
Scheidet während der Wahlperiode ein Mitglied aus einem Rechtsorgan aus, muss durch Beschluss des Landesvorstandes Ersatzweise ein neues Mitglied in das Rechtsorgan berufen werden.
3. Zeitweilige Rechtsorgane sind Schiedsgerichte (SG)
4. Rechtsorgane entscheiden mit einfacher Stimmenmehrheit, wobei mindestens drei unbefangene Mitglieder an der Abstimmung teilnehmen müssen.  
Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.  
Stimmenthaltung zählt als Gegenstimme.
5. Staffelleiter werden Rechtsbefugnisse nach § 5 dieser Ordnung übertragen.

### **§ 03 Landesrechtsausschuss und Landesschiedsstelle**

1. Der Landesrechtsausschuss wird im Rechtsverfahren nach § 11 (1) in erster Instanz tätig.
2. Die Landesschiedsstelle wird ausschließlich im Einspruchsverfahren nach § 11 (2) tätig.
3. Landesrechtsausschuss und Landesschiedsstelle bestehen aus mindestens drei Mitgliedern.  
Sie wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden.  
Bei Vorlage eines zwingenden Grundes (z.B. Befangenheit eines Mitgliedes) kann der LRA oder die LSS durch einstimmigen Beschluss vorübergehend ein weiteres Mitglied kooptieren.  
Die Frist der vorübergehenden Kooptierung muss im Beschluss festgelegt sein.

## **§ 04 Schiedsgerichte als zeitweilige Rechtsorgane**

1. Bei Einzelmeisterschaften, Turnieren ist im Bedarfsfall ein Schiedsgericht zu bilden.  
Für seine Bildung ist der Veranstalter zuständig.  
Das SG besteht aus drei Mitgliedern. (Der Vorsitzende ist vom Veranstalter zu benennen, die Beisitzer sind von den Parteien zu stellen)  
Der Vorsitzende bedarf der einvernehmlichen Bestätigung beider Beisitzer.  
Stellt eine Partei keinen Beisitzer, so kann dieser durch den Vorsitzenden bestellt werden.
2. Schiedsgerichte sind ausschließlich für solche veranstaltungsbezogene Rechtsausübung zuständig, aus deren Anlass das Rechtsorgan gebildet wurde.
3. Hält das Schiedsgericht eine Entscheidung für geboten, die über den zeitlichen Rahmen der Veranstaltung hinaus wirkt, so ist die Sache zur Weiterführung an den Landesrechtsausschuss zu verweisen
4. Entscheidungen des Schiedsgerichtes sind unanfechtbar.

## **§ 05 Rechts- und Strafbefugnis der Staffelleiter**

1. In Sonderheit delegiert der Rechtsausschuss dauerhaft Teilbefugnisse der Rechtsausübung an die Staffelleiter.  
Sie sind berechtigt, im Rahmen der durch § 5 (2) umrissenen Rechts- und Strafbefugnis ohne Vorprüfungsbeschluss nach § 10 zu bestrafen.
2. Im Rahmen der Rechtsausübung können Staffelleiter folgende Strafen/Bußgelder aussprechen:
  - Bestrafung von Formfehlern nach § 22 ; 3.1 bis 3.6
  - Bestrafung von Verfahrensfehlern nach § 22 ; 4.1 bis 4.3
  - Bestrafung von schweren Verfehlungen nach § 22 ; 5.1 bis 5.5
  - Ergebnisanspruch nach § 19
  - Beginn einer Start/Spielsperre nach § 20, § 21
3. Entscheidungen von Staffelleitern sind Entscheidungen einer 1. Instanz gleichzustellen.
4. Staffelleiter sind verpflichtet, noch nicht entschiedene Angelegenheiten den Mannschaften zur Kenntnis zu bringen.

## **§ 06 Anzeigepflicht**

1. Mitglieder und Leitungen sind verpflichtet, Vergehen gegen die Grundsätze sportlichen Zusammenwirkens, wie sie in der Satzung und in Ordnungen und Regelwerken des SBV festgelegt sind, Rechtsorganen des SBV zur Kenntnis zu bringen.  
Dazu stehen die Eingabe und der Protest zur Verfügung.
2. Rechtsorgane sind zur Verfolgung ihnen schriftlich zur Kenntnis gebrachter Vergehen verpflichtet. Anonyme Anzeigen gelten nicht als eingegangen.

## **§ 07 Eingabe**

1. Während oder nach einem Wettkampf auf dessen Protokoll angebrachte Vermerke sind Eingaben. Sie sind von jedem Mannschaftsleiter zu unterschreiben.
2. Eingaben sind gebührenfrei.
3. Eingaben sind vom Staffelleiter zu entscheiden ggf. in einer Frist von 3 Tagen der zuständigen Stelle zuzustellen.

## **§ 08 Protest**

1. Der Protest ist das zulässige Rechtsmittel, mit dem satzungs-, ordnungs- und regelwidrige Vorgänge, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem organisatorischen Wettkampfbetrieb stehen, einem Rechtsorgan zur Behandlung angetragen werden.
2. In der Regel sind Proteste beim zuständigen Staffelleiter einzureichen und zu begründen. Ein durch den Staffelleiter nicht entscheidbarer Protest ist in einer Frist von 3 Tagen an den Landesrechtsausschuss zur Behandlung weiterzureichen.
3. Sofern er offenliegende Vorgänge betrifft, muss er spätestens bis zum Ende eines Wettkampfes eingereicht sein.  
Er gilt als eingereicht, wenn er von der protestierenden Partei auf der Rückseite des Spielformulars erkennbar als solcher formuliert ist.  
Dieser Protest ist in einer Frist von 10 Tagen zu begründen.
4. Für verdeckte Vorgänge, die erst nach einem Wettkampf bekannt werden (z.B. Einsatz nicht startberechtigter Spieler) kann bis zu einer Frist von 28 Tagen nach diesem fraglichen Ereignis Protest eingelegt werden.
5. Proteste sind gebührenpflichtig.  
Die Protestgebühren betragen auf allen Ebenen 50,00 €  
Die Gebühren sind auf das Konto der Landesgeschäftsstelle des SBV zu überweisen.  
Sie können auf Beschluss des verhandelnden Organs zurückgezahlt werden.  
Die protestierende Partei hat gegenüber dem verhandelnden Organ den Nachweis der Gebühreneinzahlung zu erbringen.

## **§ 09 Einspruch**

1. Der Einspruch ist das Rechtsmittel, mit dem ein Urteil einer 1. Instanz angefochten werden kann.
2. Einsprüche sind gebührenpflichtig.  
Die Einspruchsgebühr beträgt:  
- auf Kreis- und Bezirksebene 50,00 €  
- auf Landesebene 100,00 €  
Ansonsten gelten für Gebühren die Regelungen analog § 08 (5)
3. Einspruch ist mit einer Frist von 14 Tagen nach Zustellung des Urteils einer 1. Instanz einzulegen.
4. Der Einspruch ist an die Landesschiedsstelle des SBV durch Einschreiben zu richten.  
Bestandteil des Einspruchs  
- Urteil der 1. Instanz  
- kurze Darstellung der strittigen Sache  
- klare Formulierung der Ziele des Einspruches  
- Begründung des Einspruches
5. Bei Einspruch informiert die Landesschiedsstelle die Einspruchgegner und die 1. Instanz in einer Frist von 7 Tagen über den Einspruch.
6. Während des Einspruchsverfahrens ist das Urteil der 1. Instanz außer Kraft.

## **§ 10 Vorprüfung**

1. Der Landesrechtsausschuss und die Landesschiedsstellen führen innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach Zugang einer Sache eine Vorprüfung der Anträge durch und entscheiden, ob die Rechtsgrundlage die Durchführung eines Rechts- oder Einspruchsverfahrens rechtfertigen. Sind die Voraussetzungen gegeben, entscheidet das Rechtsorgan in einem Vorprüfungsbeschluss, ob das Verfahren nach § 11 oder § 12 durchgeführt wird.
2. Der Vorprüfungsbeschluss ist den Antragssteller/Antragsgegnern mit einer Frist von 3 Tagen zuzustellen.

## **§ 11 Das Rechts- und Einspruchsverfahren**

1. Das Rechtsverfahren ist ein Verfahren nach Grundsätzen dieser Ordnung, welches auf die vereinsförderliche Ahndung von Verstößen gegen Statute, Ordnungen, Regelungen und Beschlüssen des SBV gerichtet ist.
2. Das Einspruchsverfahren ist ein Verfahren nach den Grundsätzen des Rechtsverfahrens dieser Ordnung, ausgelöst durch einen Einspruch nach § 09.  
Einziges Rechtsorgan zur Durchführung des Einspruchsverfahrens ist die Landesschiedsstelle.
3. Rechts- und Einspruchsverfahren werden in der Regel mit einem Urteil nach Verhandlung beendet.
4. Sind die Voraussetzungen gegeben, kann ein Rechtsorgan auch ein verkürztes Rechts- oder Einspruchsverfahren nach § 12 dieser Ordnung durchführen.
5. Rechtsorgane sind verhandlungsfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter zwei weitere Beisitzer anwesend sind.
6. Zur Verhandlung ist spätestens 10 Tage vor Verhandlungsbeginn durch das handelnde Organ zu laden.
7. Einer Einladung ist Folge zu leisten.  
Bei Nichterscheinen kann die Verhandlung in Abwesenheit geführt werden.

## **§ 12 Verkürztes Recht- oder Einspruchsverfahren**

1. Das verkürzte Rechts- oder Einspruchsverfahren ist ein Rechtsverfahren nach den Grundsätzen dieser Ordnungen, bei dem das handelnde Organ auf die Anhörung von Antragssteller und Antragsgegner verzichtet.  
Zu seiner Einleitung bedarf es eines entsprechenden Beschlusses des Rechtsorgans bei der Vorprüfung nach § 10.  
Der Beschluss ist spätestens 10 Tage nach Zugang zu erfassen und den Parteien mitzuteilen.
2. Ein verkürztes Rechtsverfahren kann der Landesrechtsausschuss durchführen, wenn die das Verfahren begründeten Vergehen zweifelsfrei feststehen.
3. Ein verkürztes Einspruchsverfahren darf die Landesschiedsstelle durchführen, wenn sie ohne Anhörung feststellen kann, dass die 1. Instanz zweifelsfrei die das Verfahren begründeten Vergehen festgestellt hat oder die formellen Voraussetzungen des Einspruches nicht erfüllt werden.

## **§ 13 Die Verhandlung**

1. Die Verhandlung ist das zulässige Verfahren eines Rechtsorgans des SBV, sich letztendlich aufklärende Kenntnis über Sachverhalte und Vorgänge vorrangig durch Befragung zu verschaffen.
2. Alle Verhandlungsbeteiligten unterliegen der Pflicht, ihr Wissen um die strittigen Sachverhalte und Vorgänge bei Befragung durch das Rechtsorgan offen zulegen.
3. Die Verhandlung wird vom Vorsitzenden des Rechtsorgans geleitet.  
Er stellt unmittelbar vor der Verhandlung
  - die Verhandlungsfähigkeit des Rechtsorgans fest.
  - die Verhandlungsbeteiligten vor und
  - verliest folgend den das Verfahren begründeten Protest oder Einspruch.
4. Das Rechtsorgan tritt sodann in die Verhandlung ein.
5. Die Verhandlung kann vertagt werden, wenn in deren Verlauf unklare Angelegenheiten zutage treten, von denen angenommen werden muss, dass sie die Entscheidung wesentlich beeinflussen.  
Die Vertagung ist jedoch nur zulässig, wenn in deren Folge keine schwerwiegenden Auswirkungen auf den Wettkampfbetrieb absehbar sind.

6. Sind in einer Verhandlung Sachverhalte und Vorgänge so herausgearbeitet, dass aus dem weiteren Verlauf kein maßgeblicher Erkenntnisgewinn mehr zu erwarten ist, kann der Vorsitzende die Verhandlung zum Zwecke der Urteilsfindung unterbrechen.  
In geschlossener Beratung beschließt das Rechtsorgan das Urteil nach § 14.  
Die unterbrochene Verhandlung wird mit der mündlichen Verkündung des Urteils durch den Vorsitzenden beendet.
7. Über Verhandlungen ist Protokoll zu führen.  
Es hat das Wesentliche des Verlaufes zu enthalten.  
Der Protokollant wird durch den Vorsitzenden bestimmt.  
Das Protokoll ist von den verhandlungsbeteiligten Mitgliedern des Rechtsorgans zu unterzeichnen

#### **§ 14 Das Urteil**

1. Rechts- und Einspruchsverfahren werden mit einem Urteil beendet.  
Es tritt mit seiner Verkündung in Kraft.
2. Das Urteil besteht aus 4 Teilen
  - es nennt den Entscheid
  - es begründet den Entscheid
  - es rechnet die Verfahrenskosten vor
  - es belehrt über die Anfechtbarkeit des Urteils durch Rechtsmittel.
3. Im mündlichen Urteil ist der Entscheid vor seiner Verkündung wörtlich zu formulieren.  
Für die Urteilsbegründung und Verfahrenskosten genügen Stichpunkte.  
Die Rechtsmittelbelehrung ist wörtlich zu formulieren.
4. Das schriftliche Urteil ist sprachlich in allen seinen Teilen zu formulieren.  
Es ist vom Vorsitzenden, Protokollführer und von mindestens einem Beisitzer zu unterzeichnen.
5. Bei verkürzten Verfahren nach § 12 kann die Begründung des Entscheides in Kurzform erfolgen.
6. Urteile sind innerhalb von 2 Wochen den Parteien durch Einschreiben zuzustellen.
7. Urteile einer 1. Instanz können durch Einspruch nach § 9 bei der Landesschiedsstelle angefochten werden.
8. Urteile der Landesschiedsstelle sind endgültig.

#### **§ 15 Behandlungsfristen**

1. Eingaben und Proteste, die in die Entscheidungsbefugnis der Staffelleiter fallen, sind in einer Frist von 21 Tagen zu entscheiden.
2. Landesrechtsausschuss und Landesschiedsstelle entscheiden in einer Frist von 21 Tagen nach Zustellung.
3. Im Ausnahmefall kann die Frist durch das Rechtsorgan um weitere 21 Tage verlängert werden.  
Voraussetzung dafür ist, dass das Rechtsorgan spätestens 14 Tage nach Eingang der Sache allen maßgeblich Beteiligten des Rechts- oder Einspruchsverfahrens die Verlängerung der Frist bekannt gibt.

## **TEIL II. Strafordnung**

### **§ 16 Grundsätze**

1. Bestrafung ist nur zulässig, wenn Vergehen zweifelsfrei nachgewiesen werden.
2. Ein zur Bestrafung anstehendes Vergehen kann mit verschiedenartigen Strafen belegt werden.
3. Bei Vergehen, für die Strafen und/oder Strafmaße nicht festliegen, können Bestrafungen nach Ermessen des verhandelnden Rechtsorgans festgelegt werden, sofern sie dem Sinne der RSO entsprechen.
4. Liegen einer beabsichtigten Bestrafung keine vorsätzlichen, bewussten oder wiederholten Vergehen zugrunde und handelt es sich bei der auszusprechenden Strafe nicht um eine Geldstrafe, so kann diese unter Erteilung einer konkreten Auflage ausgesetzt werden.

### **Strafarten**

#### **§ 17 Die Verwarnung**

1. Die Verwarnung ist eine Strafe für einen einmaligen bewussten oder unbewussten Regel- oder Verhaltensverstoß.  
Sie kann von Kampfrichtern und Rechtsorganen des SBV ausgesprochen werden.
2. Mit dem Ausspruch einer dritten Verwarnung in einem Wettkampf ist der Wettkämpfer vom weiteren Wettkampf ausgeschlossen.

#### **§ 18 Wettkampfausschluss**

1. Der Wettkampfausschluss ist eine Strafe, die als äußerstes Mittel angewendet werden kann, wenn vorsätzlich der Ablauf eines Wettkampfes in Gefahr gebracht wird.
2. Wettkampfausschluss ist die Zwangsfolge einer dritten Verwarnung.
3. Wettkampfausschluss ohne vorangegangene Verwarnung kann nur von Schiedsrichtern ausgesprochen werden.
4. Bei Wettkampfausschluss wird das Wettkampfergebnis mit null bewertet.

#### **§ 19 Ergebnisabspruch**

Werden Wettkampfergebnisse durch schwere Verfehlungen nach § 22 (5) erlangt, ist das erzielte Einzel- oder Mannschaftsergebnis durch Ergebnisabspruch zu streichen.

Das Spiel/der Wettkampf gilt als durchgeführt.

Als Wettkampfergebnis gehen Null Points in die Wertung.

#### **§ 20 Startsperr**

1. Die Startsperr ist eine Individualsperre.  
Die Sperrzeit kann bis zu einem Jahr betragen.  
Beginn und Ende ist kalendarisch festzulegen.
2. Startsperr kann ausgesprochen werden als Folge von:
  - unsportlichem Auftreten und Verhalten bei Wettkämpfen
  - unentschuldigtes Fehlen bei Wettkämpfen.
  - personifizierbare Schuld bei schweren Verfehlungen nach § 22 (5)
  - Nichtzahlung von Gebühren, Mitgliedsbeiträgen, Verfahrenskosten oder Bußgeldern trotz letzter Fristsetzung analog § 22 (1)

## § 21 Spielsperre

1. Spielsperre ist eine kollektive Sperre, die gegen Mannschaften und Vereine gerichtet sein kann.  
Die Sperrzeit kann bei Mannschaften bis zu 3 Monaten, bei Vereinen bis zu einem Jahr betragen.  
Beginn und Ende ist kalendarisch festzulegen.
2. Spielsperre kann ausgesprochen werden als Folge von:
  - Manipulation von Wettkampfergebnissen
  - kollektivierbare Schuld bei schweren Verfehlungen nach § 22 (5)
  - Nichtzahlung von Gebühren, Verfahrenskosten, Mitgliedsbeiträgen oder Bußgeldern trotz Letzter Fristsetzung analog § 22(1)

## § 22 Bußgelder

1. Bußgelder können gegen Mitglieder, Mannschaften und Vereine verhängt werden.  
Als Zahlungsfrist gelten im allgemeinen 30 Tage.  
Erfolgt nach zweimaliger Mahnung und einer letzten Fristsetzung keine Zahlung, tritt automatisch Spiel- und/oder Startsperr für Betroffene in Kraft.  
Die Sperre erlischt mit der Bezahlung des Bußgeldes.
2. Bußgelder können in Kombination mit anderen Strafen ausgesprochen werden, sie haben aber keinen Einfluss auf deren Höhe.
3. **Folgende Formfehler können mit Bußgeld bis 10,00 € belegt werden:**
  - 3.1. Fehlen von Sportausweisen
  - 3.2. Fehlerhaftes Führen von Wettkampfprotokollen oder deren verspätetes Einsenden
  - 3.3. Verspätetes Einsenden von Sportausweisen an den Staffelleiter
  - 3.4. Nicht termingerechte Überweisung von Startgeldern
  - 3.5. Unordentliche Terminverlegung
  - 3.6. STO – widrige Sportbekleidung
  - 3.7. Nicht fristgerechte Befolgung statistischer Erhebungen
4. **Folgende Pflichtverletzungen können mit Bußgeld bis zu 50,00 € belegt werden.**
  - 4.1. Zurückziehen von Mannschaften, wenn die Ansetzungen zugegangen sind, der 1. Spieltag jedoch noch bevorsteht.
  - 4.2. Wiederholte Formfehler nach § 22 Pkt. 3.1, 3.2, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6
  - 4.3. Wettkampfausschluss nach § 18
  - 4.4. Unentschuldigtes Nichtantreten bei Einzelmeisterschaften
  - 4.5. Nichtbefolgen statistischer Erhebungen
5. **Folgende schwere Verfehlungen können mit Bußgeld bis zu 150,00 € belegt werden:**
  - 5.1. Zurückziehen von Mannschaften nach Absolvierung des 1. Spieltages im Spieljahr.
  - 5.2. Unentschuldigtes Nichtantreten von Mannschaften
  - 5.3. Verursachung von Spielabbruch
  - 5.4. Starten ohne Spiel- oder Startberechtigung
  - 5.5. Unlauterer Wettbewerb, Ergebnismanipulation, Absprache von Wettkampfergebnissen, Manipulation am Spielmaterial.
  - 5.6. Nachweis von Dopinggebrauch
  - 5.7. Vorlage erheblicher Verstöße gegen Satzung und Beschlüsse des SBV
6. Bußgelder nach 3.7, 4.5, 5.6, 5.7 – können auch vom Landesvorstand des SBV und seinen Einrichtungen (entsprechend § 13 (1) der Satzung) ausgesprochen werden.  
Zur Feststellung bedarf es eines entsprechenden Beschlusses.  
Der Bescheid muss eine Rechtsmittelbelehrung beinhalten.

## **§ 23 Sonderbestimmungen für Jugendliche**

1. Stehen im Rechts- oder Einspruchsverfahren Behandlungen an, die Jugendliche unter 18 Jahren betreffen, sind die Jugendverantwortlichen der Vereine und des SBV hinzuzuziehen.
2. Liegen die Ursachen der Verfehlungen Jugendlicher überwiegend im Fehlverhalten Erwachsener, so darf eine auszusprechende Strafe die Sportausübung des Jugendlichen innerhalb der durch seine Leistung erlangten Qualifikation nicht beeinträchtigen.
3. Das in diesem Zusammenhang erwiesene Versagen der betroffenen Verantwortlichen kann bestraft werden.
4. Erstmalige Verfehlungen von Jugendlichen sollten in der Regel unter Erteilung einer konkreten Auflage von der Bestrafung ausgesetzt werden.  
Die Auflage sollte vorrangig in der Ausführung einer gemeinnützigen Tätigkeit bestehen, die von allgemein öffentlichem Interesse ist.
5. Das Aussprechen von Bußgeldern gegen Jugendliche ist nicht gestattet.

Gültig ab 09.04.1994